



Aktenzeichen KRP-9637	Datum 14.11.2022		
Abteilung/Sachgebiet Kreisrechnungsprüfung	Sachbearbeiter Herr Reimann		
Beratung Rechnungsprüfungsausschuss Kreistag	Datum 08.11.2022 16.12.2022	Behandlung nicht öffentlich öffentlich	Zuständigkeit Vorberatung Entscheidung

Betreff
Entlastung der Jahresrechnung 2021 des Landkreises Garmisch-Partenkirchen

Anlagen:
Auszug aus der Niederschrift RPA-Sitzung vom 08.11.2022 Feststellung und Entlastung Lkr
Feststellung des Ergebnisses 2021 OK-FIS Ausdruck
Prüfbericht zur Jahresrechnung 2021
Anlagen zum Prüfbericht der Jahresrechnung 2021

Vorschlag zum Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Erteilung der Entlastung für die Jahresrechnung 2021 des Landkreises Garmisch-Partenkirchen gemäß Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung (LKrO).

I. Grund (Anlass) der Behandlung

Das Kreisrechnungsprüfungsamt hat die gesetzlich vorgeschriebene örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2021 der Landkreisverwaltung zeitgerecht durchgeführt. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 08.11.2022 die örtlichen Prüfungsfeststellungen beschlussmäßig abgeschlossen und die Empfehlung an den Kreistag abgegeben, die Erteilung der Entlastung zu beschließen.

Die Mitglieder des Kreistags können gemäß Art. 88 Abs. 4 LKrO jederzeit die Berichte über die Prüfungen im Kreisrechnungsprüfungsamt einsehen.

II. Sach- und Rechtslage

Der Kreistag stellt nach Durchführung der *örtlichen* Prüfung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse und Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten alsbald, jedoch in der Regel bis zum 30.06. des auf das Haushaltsjahr folgenden übernächsten Jahres die Jahresrechnung in öffentlicher Sitzung fest und beschließt über die Entlastung (Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung).

Die Beschlüsse über die Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung setzt die vorherige Durchführung einer *überörtlichen* Prüfung *nicht* voraus. Diese können daher unabhängig vom Stand und den Ergebnissen der überörtlichen Prüfung erfolgen. Mit der Entlastung wird zum Ausdruck gebracht, dass der Kreistag mit der Abwicklung der Finanzwirtschaft im betreffenden Haushaltsjahr einverstanden ist, seine Ergebnisse billigt und auf haushaltsrechtlichen Einwendungen verzichtet.

Ein Verzicht auf Schadensersatzansprüche ist mit der Erteilung der Entlastung nicht verbunden. Ebenso wenig macht dieser die überörtliche Prüfung und das Abarbeiten ihrer Feststellungen entbehrlich.

III. Zuständigkeit/Vorbehandlung in Ausschüssen

Für die Beschlussfassung über die Feststellung und Entlastung ist nach Art. 30 Nr. 16 LKrO und § 29 Abs. 1 GeschO KT der Kreistag zuständig. Die Vorlage der Jahresrechnung 2021 mit Rechenschaftsbericht an den Kreisausschuss erfolgte in der Sitzung am 05.07.2022. Die Vorberatung durch den Rechnungsprüfungsausschuss als Fachausschuss erfolgte am 08.11.2022 gemäß § 30 Abs. 2 Satz 2, § 35 Abs. 2 GeschO KT.